

## Qualitätskriterien für eine fachspezifische integrierte Planung im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“

### Planungsverständnis und Familienbegriff

Nach dem Koalitionsvertrag für die 6. Wahlperiode von 2014 sieht die Landesregierung hinsichtlich der Unterstützung von Familien Handlungsbedarf. Familien in Thüringen stehen hohen Anforderungen gegenüber, die einer Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, dem Wandel und der Pluralisierung von Familienformen gerecht werden sollen. Darüber hinaus müssen Familien in Bezug auf den gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Wandel Antworten finden. Familien brauchen eine soziale Infrastruktur, die ihren veränderten Bedarfen in unterschiedlichen Regionen Thüringens entspricht.

Unterstützung von Familien

Anpassung der sozialen Infrastruktur

Im Kontext des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ wird Familie in ihrer Pluralität verstanden. Neben den traditionellen Familienformen wie der Kleinfamilie (Vater-Mutter-Kind) besteht eine Vielzahl an anderweitigen Familienformen. Allen gemeinsam ist das zentrale Merkmal der Zusammengehörigkeit von zwei (oder mehreren) Generationen. Familie wird im LSZ als fürsorgeorientierte Verantwortungs- und Solidargemeinschaft verstanden, welche Schutz und Geborgenheit geben soll und auf (relative) Dauerhaftigkeit angelegt ist. Familie bietet aber auch die Dimension der Selbstverwirklichung, der aufeinander bezogenen Selbstwirksamkeit, einen Ort von Stabilität und Zugehörigkeit, von Sinn und Überschaubarkeit. Sie umfasst alle Lebensphasen und variiert je nach Lebensform. Zwischen den Familienmitgliedern besteht eine wechselseitige soziale Beziehung und Exklusivität, was die besondere Bindungsqualität der Familie im Gegensatz zu anderen Gemeinschaften charakterisiert.

Plurale Lebensformen von Familie

Familie als Verantwortungs- und Solidargemeinschaft

In Zeiten steigender finanzieller Lasten wird die Forderung nach einer effektiveren Bündelung und Nutzung der kommunalen Ressourcen im sozialen Sektor immer lauter. Die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen sowie institutionelle Traditionen können zu Parallelstrukturen führen, Angebotslücken oder voneinander losgelöste Angebotsstränge etablieren. Unterschiedliche Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltungen unterstützen diesen Effekt und erschweren ein flexibles Handeln auf Grundlage aktueller Bedarfslagen der Bevölkerung.

Effektive Bündelung kommunaler Ressourcen

Um den familienpolitischen Anspruch umzusetzen, eine umfassende, bedarfsgerechte soziale Infrastruktur bereitzustellen, müssen die bisher bestehenden und zum Teil voneinander losgelösten Strukturen in ein integriertes Gesamtkonzept im Rahmen einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft zusammengeführt werden. Durch neue Formen der Planung, Vernetzung und Kooperation, ist es möglich, flexibler auf die sich

Mehr Flexibilität durch Planung, Vernetzung und Kooperation

wandelnden Bedarfslagen von Familien einzugehen. Aus diesem Grunde ist die Entwicklung und Umsetzung des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) für familienunterstützende Leistungen in den Kommunen ein Schwerpunkt der Familienpolitik in Thüringen.

Ziel des LSZ ist die Entwicklung und bedarfsgerechte Gestaltung einer sozialen Infrastruktur für Familien unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede in den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens. Grundlage ist eine am Planungskreislauf (Bestandsaufnahme - Bedarfserhebung - Zielbildung - Maßnahmeplanung - Umsetzung - Evaluation) orientierte fachspezifische integrierte Planung. Der Planungsprozess ist grundsätzlich partizipativ, d.h. unter Mitwirkung der Familien und der Akteure, die Angebote unterbreiten, zu gestalten.

Integrierte Planung als Grundlage

Landkreise und kreisfreie Städte als örtliche öffentliche Träger der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe erhalten durch das LSZ Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Ebenso werden hierdurch die Ziele des Landesentwicklungsplanes 2025 sowie des jeweiligen Regionalplans im Hinblick auf familienfreundliche Rahmenbedingungen, der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Sicherung kommunaler Daseinsvorsorge und der Stärkung ländlicher Räume unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung berücksichtigt. Durch das LSZ wird eine Stärkung der Eigenverantwortung in den Kommunen für familienunterstützende Maßnahmen erreicht.

Stärkung der Eigenverantwortung der Kommunen

Die Sicherung bewährter Angebote, die Stabilisierung bestehender Netzwerke, die Anpassung des Vorhandenen an die sich verändernden Rahmenbedingungen (z. B. die Zunahme der Sorgearbeit für die älteren Generationen zum Erhalt der Lebensqualität) und die Entwicklung neuer Angebote umfassen die Planungen im LSZ. Der besondere Stellenwert der fachbereichsübergreifenden Planung im LSZ bedarf politischer Legitimation, um den Handlungsspielraum zentraler Akteure vor Ort zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk liegt bei der fachspezifischen Planung im LSZ auf den Themen Vernetzung, Kooperation und Kommunikation und der Beteiligung von Familien an der Planung und Umsetzung des LSZ.

Beteiligung von Familien an Planung und Umsetzung

Um Familien in ihrer Vielfalt wirksam unterstützen zu können, braucht es Kenntnis über die Lebenswelten von Familien. Ausgehend von dieser Lebensweltorientierung setzt das LSZ an den Bedarfen von Familien an und systematisiert diese anhand von sechs Handlungsfeldern. Diese Handlungsfelder bilden die Grundlage für die Systematik des Förderprogramms sowie der fachspezifischen integrierten Planung.

Orientierung an Lebenswelten von Familien

Das **Handlungsfeld 1 „Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit“** beschreibt eine nachhaltige vernetzte Familienpolitik und abgestimmte Sozial- und Bildungsinfrastruktur in den Gebietskörperschaften als Rahmenbedingung für die Umsetzung des LSZ. Familien werden in den Kommunen beteiligt und erfahren eine hohe Wertschätzung. Hier finden sich Maßnahmen zur Planung und Koordinierung wieder.

Maßnahmen zur Planung und Koordinierung

Das **Handlungsfeld 2 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobilität“** beinhaltet eine familienorientierte Kommunalpolitik inkl. der Unterstützung einer familienorientierten Unternehmenskultur – insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Sowohl für Kinder als auch für pflegebedürftige Angehörige besteht eine umfassende Betreuungsinfrastruktur. Familienunterstützende Dienst- und Beratungsleistungen zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sind vorhanden und bedarfsgerecht. Es gibt ausreichende und aufeinander abgestimmte Mobilitätskonzepte. Familienfreundlichkeit wird Bestandteil kommunaler Wirtschaftsförderung.

Familienorientierte Unternehmenskultur

Im **Handlungsfeld 3 „Bildung im familiären Umfeld“** geht es um die Teilhabe am lebenslangen Lernen und um Schaffung und Ausbau vielfältiger Betreuungs- und Bildungslandschaften in den Regionen. Dies schließt über Kitas, Schulen, Erwachsenenbildungsangebote usw. hinaus Angebote der Familienbildung und für Freizeit, Kultur, Gesundheit, Umwelt und Sport mit ein.

Vielfältige Betreuungs- und Bildungslandschaften

Inhalte des **Handlungsfeldes 4 „Beratung, Unterstützung und Information“** sind zielgruppenorientierte Beratungs- und Informationsangebote, präventiv wirkende Unterstützungsangebote, bedarfsgerechte Hilfsnetzwerke und die Qualifizierung von Fachpersonal. Die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Informationskanälen zu Angeboten für Familien ergänzt das Handlungsfeld.

Beratungsangebote: zielgruppenorientiert und präventiv wirkend

Das **Handlungsfeld 5 „Wohnumfeld und Lebensqualität“** beschreibt wohnortnahe Versorgungsstrukturen und die Infrastruktur für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die damit verbundene Steigerung der Lebensqualität. Es wird die Einbeziehung der Familien in die Wohnumfeldplanung und -gestaltung in den Blick genommen. Ausgehend von regional unterschiedlichen Bedarfen sollen Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität für Familien umgesetzt werden.

Einbeziehung der Familien in Wohnumfeldgestaltung

Zusammenarbeit und gegenseitiger Respekt sowie eine wechselseitige Verantwortungsübernahme zwischen den Generationen beschreiben das **Handlungsfeld 6 „Dialog der Generationen“**. In diesem Feld geht es um die Sensibilisierung

Wechselseitige Verantwortungsübernahme zwischen den Generationen

der Generationen für Veränderungsprozesse, die Auseinandersetzung mit der demografischen Entwicklung, die Vermeidung von Vereinzelung und Ausgrenzung. Deshalb werden in diesem Handlungsfeld die generationenübergreifend arbeitenden Einrichtungen und strukturellen Zugänge durch Ansprechpartner, Vertretungen der verschiedenen Zielgruppen gebündelt.

### Vernetzung, Kooperation und Kommunikation

Zentraler Bestandteil des LSZ ist die Zusammenarbeit<sup>1</sup> von einerseits verschiedenen Fachbereichen innerhalb einer kommunalen Verwaltung und andererseits von freien Trägern (z. B. LIGA der freien Wohlfahrtspflege), Kommunalpolitik, zivilgesellschaftlichen Akteuren und nicht zuletzt von Familien. Diese vernetzte Zusammenarbeit ermöglicht es, familienspezifische Bedarfe ganzheitlich in den Blick zu nehmen und für die Bevölkerung bedarfsgerechte Angebote vorzuhalten sowie die dafür notwendige Infrastruktur nachhaltig bereitzustellen. Ein solches Vorgehen ermöglicht eine aufeinander aufbauende abgestimmte Angebotsstruktur, die Doppelstrukturen entgegenwirkt.

Vernetzte  
Zusammenarbeit  
verschiedener Akteure

Abgestimmte Angebots-  
struktur als Ziel

Die erfolgreiche Umsetzung des LSZ kann nicht von wenigen engagierten Akteuren allein getragen werden. Auch ein zuständiger Fachbereich bzw. ein Amt allein kann das komplexe Themenfeld nicht ohne Vernetzung und Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren bedarfsgerecht planen. Vielmehr bedarf es einer Steuerungs- und Vernetzungsstruktur, die politisch legitimiert und deren Steuerungsfunktion anerkannt ist.

Bedarf an Steuerungs-  
und Vernetzungs-  
strukturen

Dafür sind auf Dauer angelegte und regelmäßig tagende Gremien notwendig. Die Ausgestaltung dieser Gremien obliegt dem jeweiligen Landkreis bzw. der jeweiligen kreisfreien Stadt, der/die als Planungsverantwortliche(r) die Steuerungshoheit hat. Dabei bieten Modelle, die rein verwaltungsintern arbeiten ebensolche Chancen, wie Gremien, in denen neben den verwaltungsinternen Akteuren auch Akteure von freien Trägern, Familien und weitere externen Akteuren beteiligt sein können. Sie spiegeln die Vernetzung, Kooperation und Kommunikation innerhalb des LSZ wider. Jedes einzelne Gremium ist untersetzt mit Aufgaben und Zielen im Hinblick auf den Gesamtprozess. Die Rollenverteilung ist für alle transparent (kommuniziert).

Ausgestaltung der  
Gremien obliegt  
Planungs-  
verantwortlichen

Ergänzend zu der Gremienstruktur ist ein Informationskonzept notwendig, wie und über welche Kanäle die im Prozess gewonnenen Ergebnisse den verwaltungsinternen und -externen

Informationskonzept ist  
notwendig

<sup>1</sup> Hinweise für die Zusammenarbeit sind in den „Fachlichen Empfehlungen zur Beteiligung der regionalen Akteure an Sozialplanungsprozessen“ aufgeführt.

Akteuren sowie den Familien zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, die Kommunikation und den Informationsfluss aller Beteiligten dauerhaft zu gewährleisten und transparent zu gestalten. Dafür bedarf es multipler Informationskanäle.

Steuerung des  
Gesamtprozesses bei  
Verwaltungsspitze

Für die Steuerung des Gesamtprozesses ist eine zentrale Koordination und fachliche Begleitung innerhalb der Verwaltung notwendig, deren Rolle klar definiert und mit ausreichend Steuerungskompetenzen ausgestattet ist. Diese soll bei der Verwaltungsspitze angesiedelt sein und wird durch ein ämterübergreifendes Gremium z. B. eine Steuerungsgruppe unterstützt.

### **Beteiligung von Familien**

Als ein Ausdruck demokratischer Werteorientierung meint Beteiligung, dass Familien an den Diskussionsprozessen teilhaben, sich einmischen und sich damit von Planungsbetroffenen zu Planungsmitbestimmenden entwickeln. Im Rahmen der Planungen zur Umsetzung des LSZ sind deshalb Familien zu beteiligen, um ihre Sichtweisen, Einstellungen und Interessenlagen zum Planungsgegenstand und zur eigenen Lebenssituation in Thüringen einbringen zu können.

Familien sollen bei  
Planung mitbestimmen

Beteiligungsprozesse bieten Chancen aber auch Herausforderungen.

Familien haben einen anderen Blick auf Angebote und Leistungen und geben aus ihrer Perspektive wichtige Hinweise. Ohne diese Expertise fehlen wichtige Informationen und Erfahrungen. Die Planung betrachtet Familien durch unmittelbare Beteiligung als Akteure ihrer Lebensumwelt und schätzt sie entsprechend wert.

Perspektiven der  
Familien als  
Informationsquelle

Der Maßstab einer wirklichen Beteiligung ist eine gelingende Kommunikation, wofür es einerseits ausreichend Informationen über den Sachverhalt bedarf als auch Möglichkeiten sich miteinander auszutauschen. Beteiligung hat einen initiierenden Charakter, d. h. es geht nicht um eine bloße Abfrage von Einstellungen und Sichtweisen der Adressaten, sondern darum, gemeinsam Entwicklungen zu vollziehen. Darüber hinaus soll eine politische Auseinandersetzung zwischen den Anliegen von Familien und den Präferenzen von Trägern und Politik geführt werden.

Politische Auseinander-  
setzung zwischen unter-  
schiedlichen Anliegen

Beteiligung erfordert Zeit und Ressourcen. Beteiligungsprozesse sollten nur durchgeführt werden, wenn tatsächliche Handlungsoptionen bestehen und Veränderungsmöglichkeiten vorgesehen sind. Beteiligung muss transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Eine Herausforderung von Beteiligungsprozessen besteht darin, die zu Beteiligten mit geeigneten Mitteln zu erreichen, ihre Hinweise und Vorschläge aufzunehmen und zu bearbeiten sowie die Beteiligten danach über Entscheidungsgrundlagen und getroffene Entscheidungen zu

informieren. Damit kann der Sorge, dass Wünsche und Bedürfnisse der Familien durch Beteiligungsprozesse erst geweckt werden, die im Ergebnis möglicherweise nicht befriedigt werden können, entgegengewirkt werden, da Entscheidungsprozesse gemeinsam gestaltet und nachvollziehbar werden. Wünsche und Bedürfnisse von Familien werden damit öffentlich, aus denen sich politische Bedarfe ableiten lassen.

Entscheidungsprozesse  
gemeinsam gestalten  
und nachvollziehbar  
machen

Beteiligung von Familien in Planungsprozessen ist ein Lernprozess. Jedoch muss mit dem LSZ nicht alles neu erfunden werden. Bewährte oder bestehende Beteiligungsformate können genutzt, erweitert oder angepasst werden. Dafür können regionale oder lokale Strukturen genutzt werden.

Beteiligung ist ein  
Lernprozess

Beteiligung von Familien im LSZ bietet die Chance, an den Lebenswelten von Familien in Thüringen anzuknüpfen und die Angebote daran auszurichten.

Beteiligung ist eine  
Chance

**Qualitätskriterien für eine fachspezifische integrierte Planung im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ)**

Die nachfolgende Tabelle stellt den Prozess der fachspezifischen integrierten Planung im LSZ in seinen Einzelschritten entlang des Planungskreislaufs dar. Es werden Kriterien definiert, denen ein fachspezifischer integrierter Plan im LSZ gerecht werden muss.

Planungskreislauf:



Bestandsaufnahme / Angebotsanalyse			
Planungsaspekt	Anforderung	Fokus: Kooperation	Fokus: Familienbeteiligung
HF <sup>2</sup> : 1	<p><i>Welche Planungsressourcen halten Sie vor?</i></p> <p>Darstellung, wie und von wem in Bezug auf Familien bislang geplant wird.</p>	<p><i>Welche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen sind verwaltungsintern, mit freien Trägern, lokalen Unternehmen und/oder zivilgesellschaftlichen Akteuren<sup>3</sup> vorhanden?</i></p> <p>Aussagen über Kooperations- und Vernetzungsstrukturen mit verwaltungsinternen und externen Akteuren wie z.B. freien Trägern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertreter/innen lokaler Unternehmen.</p>	

---

<sup>2</sup> HF = Handlungsfeld.

<sup>3</sup> Zivilgesellschaftliche Akteure sind u.a. Vereine und Verbände, Stiftungen, Initiativen, religiöse Vereinigungen.



<p>Darstellung der Angebotsstruktur (HF: 2-6)</p>	<p><i>Welche Angebote im Kontext „Zusammenleben der Generationen“ sind bereits vorhanden?</i></p> <p>Darstellung einer Angebotserhebung nach einheitlichen Kriterien. Berücksichtigt werden soll das Ziel, das mit jedem einzelnen Angebot verfolgt wird, an wen sich das Angebot richtet (sowohl Zielgruppe als auch räumlicher Nutzerkreis) und die Angebotsform.</p> <p>Bei der Darstellung und Auswertung der Angebote werden die Handlungsfelder des LSZ berücksichtigt.</p> <p>Die Aussagen zu den Angeboten berücksichtigen die Zielgruppe in Bezug auf die Lebenslagen, Sozialstruktur, Sozialraum, Demografie.</p>	<p><i>Wie wird bei der Bestandsaufnahme / Angebotsanalyse von Angeboten für Familien fachbereichsübergreifend zusammengearbeitet?</i></p> <p>Darstellung der verwaltungsinternen Kooperationen bei der Bestandserhebung und der Angebotsanalyse.</p> <p><i>Wie wird mit freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren kooperiert? Wie werden Angebote der lokalen Unternehmen berücksichtigt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen an der Erhebung der Angebote beteiligt werden.</p>	<p><i>Wie werden Familien<sup>4</sup> bei der Erhebung und Analyse der Angebote beteiligt?</i></p> <p>Aussagen darüber, wie die Familien in die Bestandserhebung einbezogen werden und wie sie kontinuierlich über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt werden. Ggf. Begründung, wieso an dieser Stelle darauf verzichtet wird.</p> <p>Familien sind frühzeitig zu informieren und mindestens im Sinne eines kontinuierlichen Informationsflusses über mehrere Kanäle zu beteiligen.</p>
<p>Zugänge zu den Angeboten: (HF: 2-6)</p>	<p><i>Wie gestalten sich die Zugänge zu Angeboten? Ist der Zugang offen oder institutionalisiert?</i></p> <p>Kriterien: barrierearm, erreichbar, bezahlbar,</p>		

<sup>4</sup> Im Sinne des Thüringer Familienleitbildes definiert sich Familie: [...] zunehmend über die gegenseitige Verantwortung füreinander. Sie umfasst alle Lebensphasen und alle Generationen. Familie ist daher vielfältig. Neben der klassischen und wichtigsten Familienform - der Ehe - sind damit gleichberechtigt erfasst: nicht verheiratete Eltern, Alleinerziehende, Stieffamilien, Pflegefamilien, Mehrgenerationenfamilien, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, eingetragene Lebenspartnerschaften und Erwachsene, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusammenleben. (siehe [https://www.thueringen.de/mam/th7/tmsfg/familie/familienfreundlichkeit/leitbild\\_familienfreundliches\\_thueringen\\_20130701.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th7/tmsfg/familie/familienfreundlichkeit/leitbild_familienfreundliches_thueringen_20130701.pdf) S. 3/ 2. Absatz).

	generationendurchmisch, selbstorganisiert, innovativ <sup>5</sup> , in Kooperation mit verschiedenen Trägern.		
<b>Bedarfserhebung</b>			
<b>Planungsaspekt</b>	<b>Anforderung</b>	<b>Fokus: Kooperation</b>	<b>Fokus: Familienbeteiligung</b>
HF: 1	<p><i>Welcher Ressourcen bedarf es, um die fachspezifische Planung im Sinne des Planungskreislaufs durchzuführen?</i></p> <p>Darstellung von benötigten Zeit-, Sach- und Personalressourcen, Beauftragung von Beratungs- und Forschungseinrichtungen.</p>	<p><i>Welcher Vernetzungsstrukturen bedarf es, um die fachspezifische Planung im Sinne des Planungskreislaufs durchzuführen?</i></p> <p>Aussagen über benötigte Kooperationsstrukturen.</p>	<p>Ermöglichung offener Beteiligungsformen, um Themen der Familien grundsätzlich festzustellen und deren Bedürfnisse innerhalb verschiedener Lebensthemen zu erfragen.</p>
Erfassung von Bedarfslagen (HF: 2-6)	<p><i>Welche sozialräumlichen Bedarfslagen bestehen?</i></p> <p>Fachübergreifende Analyse von kleinräumigen Sozialstrukturdaten.</p> <p>Bei der Darstellung und Auswertung der Sozialstruktur werden die Lebenslagendimensionen (siehe dazu ThOnSA)<sup>6</sup> berücksichtigt.</p> <p>Die empirischen Indikatoren sollen aus dem Wissen verschiedener Fachplanungen zusammengesetzt und aufeinander bezogen sein. In</p>	<p><i>Wie wird verwaltungsintern bei der Erfassung von Bedarfslagen kooperiert?</i></p> <p>Darstellung, wie das Wissen der verschiedenen verwaltungsinternen Fachbereiche gebündelt, aufeinander bezogen und positiv gestaltend für familienbezogene Angebote genutzt wird.</p> <p><i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Erfassung von Bedarfslagen von Familien beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger,</p>	<p><i>Wie werden Familien bei der Erfassung ihrer Bedarfslagen einbezogen?</i></p> <p>Aussagen darüber, wie Familien als Ganzes und deren unterschiedliche Teilgruppen in die Bedarfserhebung einbezogen werden und wie sie kontinuierlich über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt werden.</p> <p>Ggf. Begründung, wieso an dieser Stelle darauf verzichtet wurde und wie anstatt dessen die Bedarfe aus</p>

<sup>5</sup> Neuartige, im jeweiligen HF verbessernde Wirkung.

<sup>6</sup> Thüringer Online-Sozialstrukturatlas (ThOnSA), [www.thueringen.de/thonsa](http://www.thueringen.de/thonsa).

	Abhängigkeit von den Themen, Ziel- bzw. Fragestellungen ist das Wissen unterschiedlicher Fachplanungen relevant.	zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über die Bedarfslagen von Familien informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Erfassung sowie der Ableitung von Bedarfslagen von Familien beteiligt werden.	Sicht der Familien in die Bedarfserfassung einfließen.
Ableitung von Bedarfslagen (HF:2-6)	<p><i>Welche Bedarfslagen für Familien lassen sich aus der Bedarfserhebung ableiten?</i></p> <p>Beschreibung der Herausforderungen, aufbauend auf der sozialräumlichen Datenanalyse, orientiert an den Handlungsfeldern.</p>		
Verbindung Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse:	<p><i>Können die Bedarfslagen von Familien durch die vorgehaltenen Angebote gedeckt werden? Welche Angebote für welche Zielgruppe fehlen bzw. sind doppelt? Sind die Angebote miteinander vernetzt und bauen aufeinander auf?</i></p> <p>Darstellung des Abgleichs der empirisch ermittelten Bedarfslagen der Familien mit der Analyse der kommunalen Angebotsstruktur.</p>		
Prozesskontinuität:	<p><i>Wie sollen Daten- und Angebotsanalyse in die kontinuierliche Überprüfung und ggf. Neuentwicklung von Angeboten im LSZ einbezogen werden?</i></p> <p>Aussagen zur Implementierung der Daten- und der Angebotsanalyse als Regelstruktur / fortlaufende Analyse.</p>		

	kommunalen Datenmaterials.		
<b>Zielbildung</b>			
<b>Planungsaspekt</b>	<b>Anforderung</b>	<b>Fokus: Kooperation</b>	<b>Fokus: Familienbeteiligung</b>
Gesamtstrategie Das LSZ wird in die bereits existierenden Leitlinien, Planungsergebnisse u. ä. eingebettet	<i>Wie werden die Ziele des LSZ in die (soweit vorhanden) kommunale Gesamtstrategie eingebettet?</i> Darstellung der Gesamtstrategie der Kommune unter Einbezug des gesamten LSZ.		
HF: 1	<i>Wie werden die Wirkungsziele des HF 1 auf die Gegebenheiten in der Kommune angepasst? (s. extra Papier).</i> Darstellung der Verknüpfung der LSZ-Wirkungsziele mit den Zielen der fachspezifischen Planung der Kommune. Die Entwicklung und Darstellung der Ziele erfolgt entweder für die fachspezifische Planung im Allgemeinen und/oder für jedes Handlungsfeld.	<i>Wie werden die Ziele verwaltungsintern fachbereichsübergreifend abgestimmt?</i> Darstellung, wie die Ziele fachbereichsübergreifend entwickelt werden.  <i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen an der Zielbildung beteiligt?</i> Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über die Zielbildung informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.	

<p>Operationalisierte Wirkungsziele (HF 2-6)</p>	<p><i>Wie werden die Wirkungsziele der HF 2-6 auf die Gegebenheiten vor Ort in der Kommune angepasst?</i></p> <p>Beschreibung von mindestens zwei Zielen pro Handlungsfeld.</p> <p>Darstellung und Begründung von Schwerpunktsetzungen innerhalb der Handlungsfelder.</p> <p>Darstellung der Ziele, die mit der fachspezifischen Planung und/oder der Ziele, die innerhalb der Handlungsfelder verfolgt werden.</p>		<p><i>Wie wurden Familien an der Zielbildung beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie Familien über die Zielbildung informiert und/oder konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt wurden. Ggf. Begründung, wieso an dieser Stelle darauf verzichtet wurde.</p>
<p><b>Maßnahmeplanung</b></p>			
<p><b>Planungsaspekt</b></p>	<p><b>Anforderung</b></p>	<p><b>Fokus: Kooperation</b></p>	<p><b>Fokus: Familienbeteiligung</b></p>
<p>HF: 1</p>	<p><i>Durch welche Maßnahmen werden die zuvor formulierten Ziele erreicht?</i></p> <p>Darstellung der Maßnahmen, die es benötigt, um die <i>Planung im Sinne des Planungskreislaufs</i> durchzuführen?</p>	<p><i>Welcher Maßnahmen, Gremien, Steuerungs- und Begleitgruppen bedarf es, um die <i>Planung im Sinne des Planungskreislaufs</i> durchzuführen?</i></p> <p>Darstellung von Maßnahmen, Gremien, Steuerungs- und Begleitgruppen, um die fachspezifische Planung aufzubauen und diese auch umzusetzen.</p>	
<p>Maßnahmenentwicklung</p>	<p><i>Durch welche Maßnahmen sollen die zuvor formulierten Ziele erreicht</i></p>	<p><i>Wie werden verwaltungsinterne Akteure in die Entwicklung der</i></p>	<p><i>Wie werden Familien in die Maßnahmeplanung einbezogen?</i></p>

<p>HF 2-6</p>	<p><i>werden?</i>                  Beschreibung von mindesten zwei Maßnahmen pro Ziel im Handlungsfeld.                  Alle bestehenden Maßnahmen sollen auf Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit hinsichtlich der festgestellten Bedarfe überprüft werden.                  Die Maßnahmen, bei denen festgestellt wird, dass sie weiterhin Bedarfe bedienen, bleiben bestehen und sollen einem Handlungsfeld zugeordnet und darunter beschrieben werden. Bei neu hinzugekommenen Bedarfen bzw. Bedarfe, die noch nicht hinreichend abgedeckt sind, ergeben sich zwei mögliche Vorgehensweisen:                  a) Kommune stellt nach dem Abgleich von Bestand und Bedarfslagen Leerstellen fest und entwickelt Rahmenbedingungen zur Deckung dieser. Freie Träger bewerben sich auf öffentliche Ausschreibung.                  b) Kommune und Träger leiten gemeinsam die Leerstellen ab und entwickeln gemeinsam, wie diese gefüllt werden könnten.</p>	<p><i>familienpezifischen Maßnahmen der Kommune eingebunden?</i>                  Darstellung der verwaltungsinternen Kooperationen.    <i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Maßnahmeplanung beteiligt?</i>                  Aussagen wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über die Maßnahmeplanung informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>	<p>Darstellung, wie Familien und deren Teilgruppen über die Maßnahmeplanung informiert und/oder konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>
<p>Darstellung der</p>	<p><i>Wie wird durch die Maßnahmen die</i></p>		

Plausibilität	<p><i>Teilhabe von Familien verbessert? Wieso werden genau diese Maßnahmen durchgeführt?</i></p> <p>Aussagen zur Rückbindung der entwickelten Maßnahmen an die Bestands- und Bedarfsanalyse sowie zu den entwickelten Zielen.</p> <p>Auf welche vorher festgestellten Bedarfe reagieren die Maßnahmen?</p> <p>Einbettung der Maßnahmen in die Gesamtstrategie, die mit der fachspezifischen Planung verfolgt wird.</p>		
Zieldefinition pro Maßnahme	<p><i>Welchen Beitrag leisten die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des jeweiligen Handlungsfelds?</i></p> <p>Darstellung der messbaren Ziele pro Maßnahme.</p>	<p><i>Wie werden verwaltungsinterne Akteure in die Entwicklung der Ziele pro Maßnahme eingebunden?</i></p> <p>Darstellung der verwaltungsinternen Kooperationen.</p> <p><i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Zieldefinition pro Maßnahme beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über die Zieldefinition pro Maßnahme informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>	<p><i>Wie werden Familien in die Zieldefinition pro Maßnahme einbezogen?</i></p> <p>Darstellung, wie Familien über die Zieldefinition pro Maßnahme informiert und/oder konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>

Umsetzung			
Planungsaspekt	Anforderung	Fokus: Kooperation	Fokus: Familienbeteiligung
HF:1	<p><i>Welchem Arbeits- und Zeitplan unterliegen die Maßnahmen, die zur Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit beitragen?</i></p> <p>Darstellung eines Zeit- und Arbeitsplans, der die Umsetzung der Maßnahmen beinhaltet.</p> <p><i>Wem obliegt in der Kommune die Steuerung des LSZ-Prozesses? Wie werden Entscheidungen getroffen?</i></p> <p>Aussagen zu Steuerung- und Entscheidungsprozessen im LSZ.</p> <p><i>Wie wird eine Nachhaltigkeit des Prozesses sichergestellt?</i></p> <p>Darstellung der Strukturen und Verfahren, die die Umsetzung begleiten.</p>	<p><i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Konzeption des Arbeits- und Zeitplans beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über den Arbeits- und Zeitplan informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>	
Festlegung von Qualitätsstandards (HF: 2-6)	<p><i>Welche Qualitätsstandards werden für die Maßnahmen im LSZ festgelegt und angewendet?</i></p> <p>Darstellung der Qualitätsstandards pro Maßnahme unter Einbezug der bereits existierenden Qualitätsstandards.</p>	<p><i>Wie werden verwaltungsinterne Akteure in die Entwicklung der Qualitätsstandards eingebunden?</i></p> <p>Darstellung der verwaltungsinternen Kooperation.</p> <p><i>Wie werden freie Träger,</i></p>	



Innovative Standards	<p><i>Welchen Qualitätsstandards unterliegen innovative Maßnahmen?</i></p> <p>Darstellung der definierten Qualitätsstandards pro innovatives Angebot.</p>	<p><i>zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Festlegung von Qualitätsstandards beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über die Qualitätsstandards informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden.</p>	
<b>Wirkungsorientierung/Evaluation</b>			
<b>Planungsaspekt</b>	<b>Anforderung</b>	<b>Fokus: Kooperation</b>	<b>Fokus: Familienbeteiligung</b>
HF: 1	<p><i>Wie wird der Entstehungsprozess des fachspezifischen Plans evaluiert?</i></p> <p>Darstellung eines Konzeptes zur Prozessevaluation.</p> <p><i>Wie wird die prozessbegleitende Evaluation bei der Umsetzung des fachspezifischen Plans gestaltet?</i></p> <p>Darstellung der prozessbegleitenden Evaluation bei der Umsetzung des fachspezifischen Plans.</p>	<p><i>Wie werden die Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen a) beim Aufbau einer fachspezifischen Planung und b) bei der Umsetzung der Planung evaluiert?</i></p> <p>Darstellung, wie die Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen zur Zielerreichung und zur Wirtschaftlichkeit beitragen.</p>	

<p>Evaluationsdesign (HF 2-6)</p>	<p><i>Wie wird evaluiert? Was wird evaluiert? In welchen Zeitabständen? Wie wird mit den Ergebnissen umgegangen?</i></p> <p>Darstellung des Evaluationsdesigns a) pro Maßnahme und b) pro Handlungsfeld.</p>	<p><i>Wie werden freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen bei der Entwicklung eines Evaluationsdesigns beteiligt?</i></p> <p>Aussagen, wie freie Träger, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Unternehmen über das Evaluationsdesign informiert und/oder zum Thema konsultiert und/oder an der Entwicklung beteiligt werden. Begründung, warum ggf. an dieser Stelle darauf verzichtet wurde.</p>	<p><i>Wie werden Familien in die Evaluierung der Maßnahmen einbezogen? Wie werden die Familien über die Ergebnisse informiert? Wie werden gemeinsam mit den Familien Ableitungen entwickelt?</i></p> <p>Aussagen darüber, wie Maßnahmen durch die Befragung von Familien evaluiert werden, wie ein Informationsfluss aussehen wird und wie gemeinsam mit den Familien Ableitungen entwickelt werden.</p>
---------------------------------------	--	---	--